Namensunterschrift mit dem Zusatze idem praes versah. Vermöge dieser Gewohnheit erscheint es für die Regel als ganz wahr, was Paulus nach Festus berichtet, daß der Manceps idem praes genannt wurde. Dabei konnte es aber dem von Festus ausgeschriebenen Autor begegnen, daß er die besondere, ob schon gewöhnlich zutreffende Voraussetzung dieser Nebenbenennung des Manceps nicht kannte und deshalb nicht erwähnte, die Voraussetzung nämlich, daß der Manceps sich selbst als idem praes in der fraglichen Urkunde prädicatirte. Zimmermann (de notione et historia cautionis praedibus praediisque. Berolini 1857 p. 9. 23) ist wenigstens auf dem Wege zu dieser Erklärung.

(Schluß folgt.)

Ueber die Entstehung des deutschen Oberhofes zu Krakau.

Von

Herrn Dr. Michael Bobrzynski in Krakau.

Die vorliegende Abhandlung erschien in den Berichten der hist. - phil. Abteilung der k. k. Akademie der Wissenschaften zu Krakau vom J. 1875 in polnischer Sprache. Ihr Zweck geht dahin, in der Geschichte des magdeburgischen Rechtes eine Lücke auszufüllen, über welche auch die deutschen Gelehrten öfters Klage erhoben haben. Der deutsche Oberhof in Krakau hatte nämlich eine doppelte Bedeutung, einmal für die Ausbreitung magdeburgischen Rechtes über das ganze polnische Reich d. i. mit Inbegriff von Litthauen und Südrußland, sodann für die Entstehung und Ausbildung mancher Quellen des magdeburgischen Rechtes namentlich der Magdeburger Fragen und des Weichbilds. Der Verfasser hofft daher der Wissenschaft einen bescheidenen Dienst zu erweisen, wenn er die Resultate seiner Arbeit mit Weglassung von Allem, was nur spezifisch polnisches Interesse hat, den deutschen Rechtshistorikern durch eine Uebersetzung in die deutsche Sprache zugänglich zu machen sucht.

Die Verpflanzung der deutschen Bevölkerung und mit dieser die des deutschen Rechtes nach Polen läßt sich weder auf einen bloßen Zufall noch auch auf eine willkürliche Bestimmung des Landesfürsten zurückführen. Vielmehr gieng dieselbe aus einer historischen Notwendigkeit, die durch die ganze frühere Entwicklung des polnischen Reiches bedingt wurde, hervor.

Das primitive patriarchale und durch und durch centralistische polnische Reich hat schon zu Ende des XIIten Jhdts. seine bestimmt abgegränzte Aufgabe erfüllt. Die damals herrschenden Könige und Fürsten, deren Macht auf dem immensen Eigenthume des gesammten Bodens und den daraus fließenden Rechten beruhte, haben dem polnischen Volke die erste politische Organisation gegeben, eine neue Religion und eine neue Kirche eingeführt, das Gerichtswesen geordnet, eine Achtung gebietende Wehrkraft geschaffen und eine administrative, gerichtliche und finanzielle Einteilung des Landes ins Leben gerufen, die sich auf den s. g. „opole“ (vicinia) stützte. Je kräftiger aber und ausgebildeter die damalige politische Organisation Polens erscheint, desto schwächer und looser war seine gesellschaftliche Gliederung. Die Bevölkerung lebte unbekümmert um die Zukunft in den Tag hinein. Unter dem Einflusse der absoluten Staatsgewalt fügte sie sich willenslos in die ihr vorgezeichneten Formen, ohne irgend welche Selbständigkeit in ihrem Tun und Wirken zu zeigen und etwas dauerhaftes schaffen und erhalten zu können. Diese langsame Entwicklung der sozialen Verhältnisse Polens hatte ihren Grund in den unaufhörlichen Kriegen, welche in Gemeinschaft mit den feindlichen Zügen sowol der westlichen Nachbarn wie auch der Barbaren vom Norden und Osten das Land in allen seinen Gebieten verheerten. Ein einziger feindlicher Einfall richtete die Früchte einer langjährigen Arbeit und Wirtschaft zu Grunde und verwandelte große Landstrecken in eine Wüste. Angesichts dieser traurigen sozialen Verhältnisse war der polnischen Regierung ihre Aufgabe klar und verständlich vorgezeichnet. Die politische Reform war bereits durchgeführt. Es sollte nun der Staat eine gesellschaftliche Organisation ins Leben rufen, die im Stande wäre die Bevölkerung zur Selbständigkeit zu erheben, sie zu einer weiteren wirksamen Arbeit zu bewegen und dadurch dem Staate selbst neue Kräfte zur Bekämpfung der äußeren Feinde zuzuführen.

Man fing an auf Mittel zu sinnen, mit welchen man dieses Ziel erreichen könnte, und gelangte dabei zu der Ueberzeugung, daß eine gesellschaftliche Reform ohne eine Umgestaltung des bisherigen politischen Organismus nicht zu realisiren sei. In einem Lande, wo der angesehenste Teil der Bevölkerung ausschließlich dem Staatsinteresse, dem Kriegsdienste — alle seine

Kräfte widmete und auf die produktive Arbeit mit wenigen Ausnahmen mit Geringschätzung herabsah, wo die Landbevölkerung ohne Grundeigentum und teilweise auch ohne jede persönliche Freiheit eine Art von Staatsflaven bildete und unter dem Drucke der unzähligen fürstlichen Abgaben und Dienste nicht frei aufatmen konnte in einem solchen Lande konnte schwerlich eine wahre Arbeitslust und irgend ein Unternehmungsgeist sich entwickeln. Daher machte es sich auch die innere Politik Polens schon zu Ende des XIIten Jhdts. zu ihrer besonderen Aufgabe, die bisherige politische Centralisation auf das richtige Maaß zurückzuführen und allen Klassen der polnischen Gesellschaft denjenigen Grad von Autonomie zu gewähren, der zu ihrem weiteren Gedeihen erforderlich war. Seit dieser Zeit wetteifern alle Schichten der polnischen Bevölkerung um Erlangung von Privilegien, Kraft welcher der regierende Fürst den Boden zum Eigentum oder zur Nutznießung schenkte, Befreiung von den drückendsten öffentlichen Lasten gewährte und dem Besenkten zur Aufrechthaltung von Ordnung und Sitte die erforderliche Gewalt in den betreffenden Gütern verlieh. Dies war im Allgemeinen der Inhalt der Privilegien, an welchen die Kirche und der Adel vorzugsweise teilgenommen und auf deren Grundlage sie später höhere politische Rechte dem Fürsten gegenüber angestrebt haben.

Wurde diese Autonomie auch in der That der Form nach verliehen, so fehlte derselben doch der eigentliche Geist. Diesen galt es nunmehr zu erwecken; es handelte sich darum, dem Volke ein lebendiges Vorbild einer autonomen Gemeinde vor die Augen zu stellen. Ein solches Muster suchten nun die polnischen Fürsten im Auslande auf. Sie riefen aus entfernten Gegenden die zur Auswanderung geneigte deutsche Bevölkerung herbei und gründeten in verschiedenen polnischen Dörfern und Städten deutsche selbständige Niederlassungen. Die Vermittlung in der Heranziehung von Fremdlingen übernahmen die damals in Polen durchwegs mit Deutschen besetzten Klöster und Stifte. Um die deutsche Bevölkerung nach Polen herbeizulocken, verliehen die Fürsten den Ankömmlingen weitgehende Privilegien, gestatteten ihnen die Beibehaltung ihres deutschen Rechtes und gewährten ihnen eine Fülle von Selbstregierung, die weit über das in ihrer Heimat genossene Maaß hinausgieng. Auf diese Weise wurde die innere städtische und ländliche Organisation,

die die neuen Ankömmlinge mit sich gebracht hatten, für polnische Städte und Dörfer, die zur Selbstregierung zu gelangen getrachtet und vorher nicht gewußt hatten, wie sie sich auf Grundlage dieser Selbstregierung einzurichten hätten, zu einem allgemeinen Typus. Jetzt war das Vorbild gefunden. Städte und Dörfer ersuchen ihre Fürsten und ihre Herren um Verleihung des deutschen Rechtes. Man würde aber zu weit gehen, wenn man in einer jeden Uebertragung deutschen Rechtes auf eine polnische Gemeinde schon den Beweis für die Ausbreitung des deutschen Privatrechtes erblicken wollte. Dies war keineswegs der Fall. Unter der Annahme des deutschen Rechtes verstand man in Polen nur die Befreiung der betreffenden Gemeinde von der Gewalt der fürstlichen Beamten und den Uebergang zu einer Selbstverwaltung und zu einer selbstständigen Gerichtsbarkeit, an deren Spitze der Schutzherr und die aus der Gemeinde gewählten Schöffen standen. Im Ubrigen blieb die polnische Gemeinde bei ihrem herkömmlichen polnischen Wohnheitsrechte. Vom deutschen Rechte konnte sie in ihren Gerichten schon deshalb keinen Gebrauch machen, weil die Kenntniß dieses Rechtes ihr unzugänglich war. Das deutsche Recht gelangte nach Polen mit den deutschen Kolonisten und erstreckte sich im Großen und Ganzen nicht über die Gränzen der deutschen Niederlassung. Im Gegentheil verlor eine solche Niederlassung nach mehreren Generationen das Gefühl für ihr heimatliches Recht und nahm das Recht der benachbarten polnischen Dörfer an. Es war also für Polen keine Gefahr einer Germanisirung vorhanden und die herbeigezogenen deutschen Niederlassungen wirkten durch ihre musterhaft angelegte Landwirthschaft, durch ihre Industrie und Handel überaus vortätig auf ein Land, das hinsichtlich seiner ökonomischen Verhältnisse sich noch auf einer sehr niedrigen Stufe befand. Diese Zeit müssen wir uns vorstellen als eine Zeit des Zusammenwirkens zwischen den regierenden Fürsten, dem polnischen Volke und der deutschen herbeigerufenen Bevölkerung. Doch erhielt sich dieses Verhältniß nur bis zur Hälfte des XIII. Jhdts. Bis zu dieser Zeit bildeten die fürstlichen Verleihungen und die fremden Niederlassungen ungeachtet ihrer großen Anzahl immer noch eine Ausnahme und veränderten den allgemeinen Charakter des polnischen patriarchalen Staates nicht. Es sammelte sich zwar an allen Enden ein Stoff, der zum

Aufbau eines neuen Staates zu dienen bestimmt war, um aber einen wesentlichen Bruch in der ursprünglichen Verfassung herbeizuführen, und eine neue Epoche in der Entwicklung des polnischen Staates zu eröffnen, war eine gewalttame Erschütterung nötig.

Diese Erschütterung wurde durch die dreimaligen Mongolenstürme im Laufe des XIII. Jhdts. veranlaßt. Bevor wir aber auf dieselben eingehen, müssen wir noch der im J. 1139 erfolgten Teilung des Landes unter die Söhne des Boleslaus Krummauls Erwähnung tun. Diese Teilung hat zwar die Staatsgewalt zerstückelt, aber doch an ihrem Wesen nichts geändert. Ein jeder von den Teilfürsten besaß in seinem Anteile dieselben Rechte und Pflichten, die einst der Herrscher des einheitlichen Polens hatte. Wir haben also keine Veranlassung, um von dem J. 1139 eine neue Epoche in der Entwicklung des polnischen Staates zu datiren wie dieses öfters geschieht. Jedenfalls aber muß man der Teilung des Reiches vom J. 1139 eine weitgehende Wirkung zuschreiben. Zuerst machte sie der ursprünglichen Einheit des polnischen Staates ein Ende und indem sie aus den ehemaligen Provinzen Sonderstaaten bildete, gewöhnte sie dieselben an eine Selbstregierung, auf welcher, wie wir es schon erwähnt haben, die spätere Staatsform aufgebaut werden sollte. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit war fast verschwunden. Jede Provinz entwickelte für sich ihre besondere Regierungsweise, ihre Beamtenhierarchie, ihre besonderen Begriffe und partikularistischen Ziele. Dies war die erste Wirkung der Teilung Polens vom J. 1139. Die zweite Wirkung bestand darin, daß die ehemalige militärische Macht Polens untergraben und damit dem Lande eine wirksame Widerstandskraft gegen die Angriffe der Mongolen entzogen wurde.

Die Historiker beschreiben weitläufig die Unterwerfung Rußlands durch die Mongolen nach der unglücklichen Schlacht bei Kalka im Jahre 1224, sie erzählen weiter die drei Einfälle in Polen in den J. 1241, 1258 und 1287, sie schildern die verlorenen Schlachten, die Erstürmung von Städten und Burgen und die Streifzüge, welche Krakau verbrannt und Breslau gefährdet haben, sie stoßen einen Schrei der Entrüstung aus bei der Erwähnung der vollbrachten Verheerung, der Mord- und Gewalttätigkeiten, sie zählen die in Gefangenschaft geschleppten

Volkschaaen, aber nur wenige von ihnen wissen hinreichend den Einfluß zu würdigen, den diese Mongolenzüge auf die innere Entwicklung Polens ausgeübt haben. Sogar diejenigen, welche es tun, z. B. Koeppel, gelangen nicht zu dem Resultate, daß mit den Mongolenzügen der ursprüngliche polnische Staat sein Ende nimmt und ein neuer Staat auf veränderter Grundlage sich aufbaut. Dies geschah aber in der Tat. Nachdem die Mongolen Polen geräumt hatten und in ihre Sige zurückgekehrt waren, sahen Fürsten und Volk Polens sich von einer weiten Wüste umgeben. Es mangelte an Menschen, um dieselbe zu bevölkern, es fehlte Geist und Kapital, um ein neues Leben zu beginnen und die Arbeit des Volkes von Neuem in Bewegung zu setzen. Die partikularistischen Interessen der verschiedenen Provinzen wucherten üppiger wie sonst und machten die Sammlung der im Volke noch vorhandenen aber auseinandergesprengten Kräfte unmöglich. Es blieb nur ein einziger Ausweg, nämlich der, um vom Auslande Bevölkerung, Kapital und Arbeit nach Polen herbeizuführen. Was man einst ausnahmsweise versucht hatte, dies ergriff man jetzt als allgemeines Rettungsmittel und führte es in der größten Ausdehnung durch. Eine massenhafte Kolonisation des Landes durch fremde Einwanderer gelang vortrefflich. In kurzer Zeit wurden die eingeäscherten Städte aufgebaut und bevölkert, Industrie und Handel hoben sich mächtig und unter ihrem Schutze kehrte auch das Landvolk zu seiner gewöhnlichen aber viel intensiveren Arbeit zurück. Polen verlor aber dadurch seine ehemalige Stammeseinheit sowie auch die Einheit seiner gesellschaftlichen Organisation und erblickte in seinem Schooße fremde Elemente von Deutschen, Juden, Holländern, Walachen und Armeniern, die sich auf eine weitgehende Selbstregierung und auf eine organisierte Standessonderung stützten. Neben dem polnischen Adel machte sich ein überwiegend deutscher Bürgerstand mit eigentümlichem Rechte und Sitten geltend. Wie aber zwischen den einzelnen polnischen Provinzen ein erklärter Antagonismus herrschte, so fehlte auch den neuen Niederlassungen ein engeres Band und eine gemeinsame Organisation. Die Zersplitterung der einst so einheitlichen Gesellschaft Polens erreichte jetzt den höchst möglichen Grad. Inmitten derselben hielt nur die polnische Kirche die Idee der Nationalität und der Stammeseinheit aufrecht. Ihre stramme Organisation,

ihre häufigen Synoden, ihre das ganze Land umfassenden und zur Verteidigung der polnischen Nationalität verfaßten Gesetze steuerten einem gänzlichen Zerfalle mit Wirksamkeit entgegen. Indem aber die Kirche für das Land Sorge trug, verlor sie auch ihr eigenes Interesse nicht aus dem Auge. Still und folgsam unter den ersten Piasen, richtete sie jetzt zur Zeit der allgemeinen Verwirrung stolz ihr Haupt empor, erhob sich gestützt auf ihre kanonischen Satzungen über das allgemeine Recht und erkämpfte eine vollständige Unabhängigkeit für sich, für ihre Hierarchie und für ihr Vermögen. Die Geistlichkeit wurde zu einem dritten fest abgeschlossenen Stande.

Dieses allgemeine Chaos trug aber die Keime zu einer inneren Neugestaltung in sich. Wir begegnen hier einer eigentümlichen und dennoch ganz natürlichen Erscheinung. Je größer die schroffe Absonderung der einzelnen Bestandteile der Bevölkerung Polens, je größer die Zahl der Stände, Klassen und Gesellschaftskreise war, desto fühlbar machte sich die Notwendigkeit einer einheitlichen Staatsgewalt. War ja doch die ganze Selbstregierung nur dazu geschaffen, damit das Volk sich desto eifriger einer selbständigen Arbeit auf dem Gebiete der Aufklärung, der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels widmen könnte. Wie sollte aber diese Arbeit gedeihen, solange im Lande nur Unruhe und Verwirrung herrschten und solange sein Gebiet der inneren Zwietracht und Fehde Spielraum bot. Die gesellschaftliche Arbeit bedurfte daher notwendig eines mächtigen Schutzes, der sie gegen alle äußeren und inneren störenden Einflüsse sicherstellte. Diesen Schutz war aber Niemand im Stande dem Volke wirksamer zu gewähren, als der Landesherr, der ungeachtet aller Versenkungen und Verleihungen noch ein ungeheueres Grundeigentum besaß, bei vorsichtiger Wirtschaft aus demselben große Einnahmen schöpfen und auf diesen seine selbständige Kraft stützen konnte. Deshalb begaben sich auch alle Gesellschaftskreise und Klassen unter die Gewalt der Landesfürsten und suchten bei ihnen Schutz vor allen Gefahren. Daraus erwuchs gleichzeitig eine allgemeine Aufgabe, nämlich die Staatsgewalt so zu heben, daß sie ohne Auflegung von beschwerlichen Lasten aus ihrer eigenen Machtfülle ihrem Beruf nachzukommen im Stande wäre. Hierzu konnte nur ein Mittel dienen, nämlich die Beseitigung der zahlreichen Sonderfürsten aus dem

Piastenstamme, die Herstellung der politischen Einheit des Landes und einer einheitlichen königlichen Gewalt. In diesem allgemeinen Streben wurzelte auch die siegreiche Politik der Könige Premislaus und Wladislaus des Lokietek. Bei Beginne des XIVten Jhdts. stand der mittelalterliche polnische patrimoniale Staat in seinem Wesen vollendet da.

Das Wesen dieser Staatsform bestand darin, daß die Gesellschaft ohne jede Einmischung seitens der Regierung der Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben nachgieng. Dagegen war der König der alleinige Träger der Staatsidee und zur Verteidigung dieser Idee nahm er nur in außerordentlichen Fällen die Hilfe der Gesellschaft in Anspruch. In seinem besonderen Wirkungskreise hatte er unbeschränkte Gewalt und erfüllte seine Aufgabe, nämlich die Aufrechterhaltung des inneren Gleichgewichts und der äußeren Sicherheit mit einer Rücksichtslosigkeit sonder gleichen. Unter seinem Schutze blühten Landwirthschaft, Handel und Industrie aber zugleich traten alle heterogenen Elemente, aus denen das damalige Polen bestand, zu einem erbitterten gesellschaftlichen Kampfe auf. Da wir die Gestalt des damaligen polnischen Staates und das Wesen der königlichen Gewalt schon kennen, so werden uns jetzt leicht die rechtlichen Schranken klar werden, innerhalb deren jener Kampf zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung stattfand. Die Selbstverwaltung aller Provinzen, Stände und Gemeinden wird uns erklärlich machen, wie jener Kampf so große Ausdehnung annehmen und die beiden streitenden Parteien eine so große Freiheit in der Wahl ihrer Mittel und ihres Planes besitzen konnten. Der König stand angesichts dieses gesellschaftlichen Kampfes gänzlich bei Seite und sein schwerer Arm fiel nur dann über die streitenden Parteien, wenn eine von ihnen in ihrer Kampfeswut es wagte, die Einheit des Reiches zu bedrohen oder sich an den Majestätsrechten zu vergreifen.

Der Kampf, aus welchem eine Verschmelzung der beiden gegeneinander strebenden Elemente hervorgehen sollte, wurde überhaupt auf dem Gebiete des Gerichtswesens am heftigsten geführt. Er drehte sich speziell in Kleinpolen, welches die späteren Wojewodschaften Krakau und Sandomir umfaßte, gerade um die Begründung und Aufrechterhaltung des deutschen Ober-

hofes auf dem königlichen Schlosse zu Krakau. Um diese Behauptung zu rechtfertigen, müssen wir die Entwicklung des deutschen Gerichtswesens in Kleinpolen in ihren Grundzügen näher ins Auge fassen.¹⁾

Die Entstehung dieses Gerichtswesens war auf das Engste mit der deutschen Kolonisation verbunden. Dieselbe fällt für Kleinpolen in die zweite Hälfte des XIIIten Jhdts., in die Zeit der Regierung Boleslaus des Schamhaften, Lesco des Schwarzen und Premislaus. Nur das Gebiet jenseits der Weichsel, das Karpatische Gebirgsland, verdankt mit wenigen Ausnahmen erst Kasimir dem Großen seine deutsche Kolonisation. Berücksichtigen wir ausschließlich die Verleihung des deutschen Rechtes an Städte, so können wir uns folgende auf Urkunden gegründete Tabelle zusammenstellen. Im J. 1253 wurde das deutsche Recht verliehen an Bochnia, 1257 erhielt es Krakau (erneuertes Priv.) und Zawichost, 1258 Korczyn, 1267 Skala, 1271 Opatowiec und Zdrzejow, 1279 Brzesko an der Weichsel, 1282 Brzezunia und Opatow, 1286 Sandomir (erneuertes Privileg), 1287 Busko, 1290 Miechow und Wieliczka (erneuertes Priv.), 1292 Neu-Sandez, 1321 Wolbrom, 1328 Tarnow, 1329 Szydlow, 1335 Kazimierz, 1340 Grynberk, 1342 Myslenice und Skalmierz, 1346 Neumarkt, 1348 Pivniczna, 1353 Rzeszow, 1354 Pilzno und Baranow, 1357 und 1358 Alt-Sandez, 1358 Bendzin und Slomniki, 1362 Dobczyce, Stobnica und Kobczyce, 1364 Skawina und Radom, 1365 Osiek, 1366 Jaslo und Lancorona. Die aus jenen Jahren datirenden Privilegien liefern jedoch meistens den Beweis für eine schon früher auf Grundlage des deutschen Rechtes vollzogene Organisation. Alle deutschen Niederlassungen und auch jene polnischen Gemeinden,

¹⁾ Die folgende Darstellung stützt sich auf Urkunden aus dem XIIIten und XIVten Jhd., kraft welcher einzelnen Dörfern und Städten Kleinpolens das deutsche Recht verliehen und ihre Rechtsverhältnisse geregelt worden sind. Ich habe sie in einer Zahl von beinahe zweitausend theils in den längst gedruckten kleinpolnischen Urkundensammlungen, theils in einer eben vom Dr. Piekosinski in Krakau zum Drucke vorbereiteten besonders reichen und wichtigen Sammlung, theils endlich in den Krakauer Stadtarchive gefunden. Um fortwährende Citate zu vermeiden, werde ich am Schlusse die in der Arbeit angeführten Urkunden chronologisch mit Angabe der Stellen, wo sie bereits veröffentlicht worden oder handschriftlich vorhanden sind, aufzählen und mehrere der wichtigsten unter ihnen in einem kritischen Texte vollständig abdrucken.

denen das deutsche Recht verliehen wurde, sollten sich nach der Bestimmung ihrer Lokationsprivilegien des magdeburgischen Rechtes bedienen und entweder Magdeburg selbst oder andere früher auf magdeburgischem Rechte gegründete Städte vorzugsweise Neumarkt (polnisch Szroda) in Schlessien, Breslau und Krakau zu ihrem Vorbilde nehmen. Daher bedeuteten die Namen: Jus noviforense, Vratislaviense, Cracoviense immer das magdeburger-sächsische Recht mit einigen Abweichungen, worüber sich die deutschen Gemeinden in Polen sehr oft keine Rechenschaft gegeben haben.²⁾

Das in Polen und speziell in Kleinpolen zu errichtende deutsche Gerichtswesen hatte also in dem sächsischen Gerichtswesen ein fertiges Vorbild. Dieses letztere ließ sich aber nach Polen nicht in seinem ganzen Umfange übertragen.

Nicht das ganze Land und nicht die ganze Bevölkerung Kleinpolens haben das deutsche Recht mit dem deutschen Gerichtswesen angenommen. Wenn man auch von den vielen Dörfern und Städten absieht, die bei dem alten polnischen Rechte geblieben waren, so muß doch hervorgehoben werden, daß der ganze polnische Adel an dem polnischen Rechte in seiner vollkommenen Reinheit festgehalten und an eine Unterwerfung unter das deutsche Recht nie gedacht hat.³⁾ Der Adel und die übrige Bevölkerung, die bei dem alten polnischen Rechte geblieben war, hat nun damit auch ihr polnisches Gerichtswesen behalten.⁴⁾ Dasselbe bestand im XIIIten Jhdt. aus 1) Patrimonial- 2) Kastellanei- und 3) fürstlichen Gerichten. Die Patrimonialgerichte waren erst in der Entstehung begriffen und von einem jeden war die Berufung an das öffentliche Gericht zulässig. Ein solches existierte in jedem Bezirke und hieß Kastellaneigericht.

²⁾ Einigen Gemeinden wurde das fränkische Recht verliehen (z. B. im J. 1276 dem Dorfe Przegonia und vor dem J. 1290 der Stadt Wieliczka), diese Gemeinden bildeten aber eine Ausnahme und giengen früher oder später zu dem allgemeinen magdeburgischen Rechte über.

³⁾ Das Gegenteil erfolgte in Schlessien und daraus lassen sich die wesentlichen Unterschiede zwischen dem deutschen Gerichtswesen in Schlessien und dem übrigen Polen erklären.

⁴⁾ Die neueste und zweifellos die beste Untersuchung über das polnische Gerichtswesen des XIIIten Jhdt. hat Romuald Hube in seinem ausgezeichneten Werke: „Prawo polskie w wieku XIIIty.“ (Das polnische Recht im XIIIten Jhdt.) Warschau 1875, geliefert.

Hier hatte die ganze polnische Bevölkerung ihren ordentlichen Gerichtsstand, so weit sie den Patrimonialgerichten nicht untergeordnet war und so weit die Kompetenz des fürstlichen Gerichtes nicht eintrat. In dieser letzten Hinsicht war die Wichtigkeit der Rechtsache und die hohe Stellung der Parteien das entscheidende Moment. Das fürstliche Gericht war aber ein doppeltes, einmal ein Landgericht, das von dem Fürsten auf den Landtagen gehalten wurde (in colloquiis), dann ein Hofgericht (in curia). In dem Landgerichte wurden hauptsächlich die Civilstreitigkeiten besonders über Immobilien entschieden, in dem Hofgerichte über die schweren Verbrechen geurteilt. Beide Gerichte bildeten zugleich die höchsten Berufungsinstanzen. So stand im Großen und Ganzen im XIIIten Jhdt. das polnische Gerichtswesen in voller Kraft und Blüte da, indem es seiner weiteren Entwicklung im XIVten Jhdt. entgegenging. Von dem deutschen Gerichtswesen unterschied es sich nicht nur durch die Verschiedenheit des materiellen Rechtes, das in ihm zur Anwendung gelangte, sondern auch und zwar prinzipiell durch seine innere Organisation. Während das deutsche Gerichtswesen auf dem Grundsätze der Collegialität sich entwickelt hat, war jedes polnische Gericht Einzelgericht. Der polnische Richter mußte zwar seine Beisitzer um ihre Meinung fragen, aber nur nach seiner eigenen Überzeugung traf er die Entscheidung. Er war Cognitionsrichter im vollen Sinne des Wortes, während der deutsche Richter an das Urteil der Schöffen gebunden war und nur die Leitung und den Zwang hatte.

Das deutsche Gerichtswesen in Polen hatte nun die schwierige Aufgabe, neben dem polnischen Platz zu finden und sich selbständig zu behaupten. Dabei muß man aber den Umstand in Betracht ziehen, daß in dem damaligen Polen nur der Adel die vollständige Freiheit in der Bedeutung des deutschen Rechtes besaß d. h. schöffenbar-frei war. Außer dem Adel aber existierten in diesem Sinne, so weit die heutigen Forschungen reichen, weder in den Dörfern noch in den Städten Polens freie Leute. Freie Gemeinden, deren Einwohner freies Grundeigentum und persönliche Freiheit besaßen, waren ganz unbekannt. Die nichtadelige Bevölkerung war entweder leibeigen (ascriptitii) oder aber minderfrei (liberi, lizenki), indem sie zwar im Besitze persönlicher Freiheit sich befand, aber keinen Grundbesitz besaß,

sondern falls sie nicht Grundstücke pachtete sich in persönliche Dienste begab. Die erste Klasse entspricht den Eigenleuten des deutschen Rechtes, die zweite den f. g. Landsassen. Nach Verleihung des deutschen Rechtes an eine Gemeinde veränderte sich dieser Zustand ihrer Einwohner entweder gar nicht oder nur insoferne, als die Eigenleute in die Klasse der Minderfreien und zwar in die der Pflughaften und Biergeldern übergingen, d. h. persönliche Freiheit erlangten und von ihren Grundstücken nur gewisse Abgaben dem Eigentümer leisteten. Erst später erhielten die Einwohner mancher Städte vollständige Freiheit so wie überhaupt die Schultheißen und Vögte sie erlangt haben, was aber ohne bedeutenden Einfluß auf das schon früher ausgebildete Gerichtswesen blieb. Da also in Polen nur der Adel schöffensbarfrei war und eben dieser das deutsche Recht nicht angenommen hat und seine eigenen polnischen öffentlichen Gerichte besaß, so fand sich in Polen für diejenigen deutschen Gerichte, welche in Deutschland eine Instanz für die freie Bevölkerung bildeten, nämlich die deutschen Landgerichte, kein Boden und sind dieselben dort in der That auch nie zum Vorschein gekommen. Die öffentliche deutsche Gerichtsbarkeit in Polen war daher in ihrer Tätigkeit fast einzig und allein auf die Aufsicht über die grundherrliche Gerichtsbarkeit beschränkt und konnte wegen dieses geringen Wirkungskreises auch nicht zu einer selbstständigen Organisation gelangen.

Der Mangel an freien autonomen Gemeinden verhinderte natürlich auch das Zustandekommen des genossenschaftlichen freien Gerichtswesens, und dasjenige, das sich später in den polnischen Städten herausgebildet hat, ruht auf einer andren Grundlage.

Der erste Grundsatz, aus welchem wir das ganze deutsche Gerichtswesen Polens abzuleiten haben, ist also der, daß dieses Gerichtswesen im Großen und Ganzen ein grundherrliches war. Es machte dabei keinen Unterschied, ob ein Dorf oder eine Stadt auf einem Ritters-, Bischofs- und Stiftsgute oder aber auf einem Kron Gute angelegt war, da ja doch der ganze Boden des Landes das Eigentum der regierenden Fürsten, so weit sie denselben nicht an den Adel oder die Kirche verschenkt hatten, bildete.

Der zweite Grundzug des deutschen Gerichtswesens in Polen bestand in einem ausgeprägten städtischen Charakter, der sich

sogar auf die Dorfverfassung erstreckte. Die deutschen oder überhaupt mit deutschem Rechte bewidmeten Gemeinden bildeten in Polen immerhin nur eine (wenn auch ziemlich häufige) Ausnahme von der allgemeinen polnischen Verfassung und dem polnischen Rechte. Da nun, wie wir es schon oben angedeutet haben, in Polen keine deutschen, sondern nur polnische allgemeine Gerichte bestanden, so erhielt jede Dorf- und Stadtgemeinde sogleich bei der Verleihung des deutschen Rechtes die f. g. Immunität d. h. die Unabhängigkeit von allen allgemeinen (weil eben polnischen) Aemtern und Gerichten, eine Freiheit, welche in Deutschland eben nur den Städten zu Theil geworden ist, und deren charakteristisches Merkmal bildete. In jeder Urkunde, kraft welcher das deutsche Recht in Polen irgend einer Gemeinde verliehen worden, begegnen wir der Bestimmung:

„Et quia iura theutonicalis locationis penitus a iuribus polonicalibus sunt exempta, nec aliquatenus ipsis subici patiuntur, a palatino seu castellano Cracoviensibus ac omni potestate ipsorum iudiciaria et officialium universorum sint liberi et immunes.“

oder mit anderen Worten:

„facimus ipsos ab omni iurisdictione, potestate et dominio quorumlibet castellanorum, palatinorum, iudicum, camerariorum et officialium, cuiuscumque potestatis seu conditionis fuerint, ab omnibus, quae ius theutonicum solent perturbare, semper immunes, liberos et exemptos.“

Es floß daher aus der Natur der Sache und bildete keine unverständliche Anomalie, wenn die deutschen Dörfer in Polen und insbesondere in Kleinpolen das deutsche magdeburgische Stadtrecht als ihr Recht ansahen und indem sie dem sächsischen Weichbilde den Vorzug gaben, benutzten sie den Sachsenspiegel nur subsidiär.

Mit Hülfe der beiden eben entwickelten Grundsätze können wir das ganze deutsche Gerichtswesen in Kleinpolen uns klar vor die Augen stellen.

In einer jeden auf grundherrlichem Boden gelegenen Stadt oder Dorfe bildete die Gerichtsgewalt nach den allgemeinen Prinzipien des deutschen Rechtes einen Theil der grundherrlichen Gewalt, welche in den ritterlichen Gütern vom Ritter, in den bischöflichen vom Bischofe, in den klösterlichen vom Vorgesetzten

oder von der Vorgesetzten des Klosters und in der landesherrlichen vom Landesherrn selbst gehandhabt wurden. Diese Regel ist in allen Urkunden, mittelst welcher die Rechtsverhältnisse der auf dem deutschen Rechte eingerichteten Gemeinden geordnet wurden, entweder klar ausgedrückt oder sie ergibt sich unzweifelhaft aus ihrem ganzen Inhalte. In das Gebiet der grundherrlichen Gewalt wurde in Kleinpolen noch dadurch bedeutend erweitert, daß die Landesfürsten auf die Grundherrschaft einen Teil ihrer öffentlichen Gerichtsbarkeit und zwar die Strafgerichtsbarkeit mit Ausschluß mehrerer schweren Verbrechen politischer Natur übertrugen, wovon bald die Rede sein wird. Sonst finden wir in sehr vielen Urkunden die Bestimmung, die wir in dem vom Vladislaus dem Lokietz im J. 1328 für den Krakauer Palatin Spicimirus und seine Tarnover Güter ausfertigten Privileg lesen.

„Sic quod praefatus Spicimirus cum suis scultetis et villanis in ipsis villis nullo alio iure quam suo theutonico praenominato in causis capitalibus (potestate) decollandi, suspendendi, mulctandi in causis omnibus magnis seu parvis libere et pacifice in perpetuum perfruetur.“

In anderen Privilegien ist diese Bestimmung zwar nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber die Grundherren verfügen daselbst über die Gerichtsgewalt in Strafsachen zu Gunsten der Vögte und Schulzen, woraus man schließen muß, daß sie selbst im Besitze dieser Gerichtsbarkeit waren.

In vielen kurzgefaßten Urkunden sprechen die Landesherrn nur eben die Bestimmung aus, daß die ganze Gerichtsgewalt in den Privatgütern dem Grundherrschaft zukommen solle. So sagt z. B. Boleslaus der Schamhafte in einem Privileg vom J. 1264 für das zum Kloster von Niechow gehörige Dorf Starzechow: „omne iudicium et poena sanguinis cedat fratribus nominatis“

und König Benzeslaus in einem Privileg vom J. 1294 für die zum Kloster von Henrykow gehörigen Dörfer Broznica und Glewa: „ut nullus dictos incolas iudicet nisi eorum domini, fratres ordinis supradicti.“

In anderen Urkunden wird nur allgemein gesagt, daß die Bevölkerung der deutschen Gemeinden ihren Gerichtsstand teils

vor ihrem Grundherrschaft, teils vor dem von dem Grundherrschaft bestellten Vogte oder Schulzen hat z. B. im Privileg Boleslaus des Schamhaften vom J. 1275 für das Kloster von Dlubna (Imbramowice):

„nec ad aliud tribunal (incolae) citatorie sunt vocandi nisi ad suorum dominorum praepositi vel sculteti.“

oder im Privileg Lesco des Schwarzen vom J. 1282 für die Dörfer des Klosters von Tyniec:

„simplices coloni aut tabernarii . . . nisi ad examen sui sculteti vel abbatis Tynciensis . . . respondere tenebuntur.“

Daraus kann man jedoch keineswegs den Schluß ziehen, daß die Grundherrschaft in der Ausübung ihrer Gerichtsgewalt an nichts gebunden gewesen oder daß zwischen der Gerichtsgewalt der Grundherrschaften und der ihrer Schulzen und Vögte keine Gränze gezogen wäre. Sonst würde die polnische Bevölkerung, die ja nach dem polnischen Rechte vor öffentlichen Kastellaneigerichten ihren Gerichtsstand hatte, nicht begehrt haben, ihr polnisches Recht mit dem deutschen zu vertauschen. Dies geschah aber deshalb, weil die Grundherrschaften in jenen Gütern, wo das deutsche Recht verbindliche Kraft hatte, ihre Gewalt nur in der durch das deutsche Recht bestimmten Weise ausüben konnten, „iure theutonico“, wie es ihnen jede spezielle Lokationsurkunde ausdrücklich gebot. Die Beschränkungen der grundherrschaftlichen Gerichtsgewalt waren aber verschieden, je nachdem es sich um die Entscheidung von Angelegenheiten der auf dem grundherrschaftlichen Gute sitzenden Bevölkerung oder aber um ein Gericht über den auf diesem Gute amthandelnden Vogt oder Schultheißen handelte.

Nach dem allgemeinen Grundsatz des deutschen Rechtes konnte kein Grundherr über seinen Untertanen ohne Mitwirkung des Schultheißen und bezüglich des Vogtes und ohne Beistand der aus der betreffenden Gemeinde gewählten Schöffen, so wie irgend woanders als nur auf dem Grunde dieser Gemeinde rechtssprechen. Jede Gemeinde mußte ihr Ortsgericht besitzen, das aus den Schöffen und aus einem Schultheißen, wenn es ein Dorf, oder einem Vogte, wenn es eine Stadt war, bestand. Dieser Vogt oder Schultheiß war ein beständiger Stellvertreter des Grundherrschaft in dem Ortsgerichte. Der Grundherr hatte einen solchen zeitlich oder erblich zu ernennen und auf ihn seine

Gerichtsgewalt entweder gänzlich oder mit gewissen Beschränkungen zu übertragen. In vielen Urkunden wird dieses ausdrücklich hervorgehoben z. B. in der Urkunde, Kraft welcher Boleslaus der Schamhafte im J. 1271 dem Kloster von Jendrzejew die Erlaubniß auf die Anlegung der Stadt Jendrzejew auf dem deutschen Rechte erteilte:

„sed solius advocati vel scolteti secundum voluntatem et arbitrium abbatis et conventus ibidem constituti iurisdictioni ibidem suberunt eius iudiciis obsequuntur.“

oder in einer von demselben Fürsten für die Stadt Bodnia im J. 1253 ausgestellten Urkunde:

„Consideravimus insuper, quod quaestiones et causae citius et melius per unum quam per plures expediri consueverunt, hinc est quod praenotatum Nicolaum filium Volkmari cum suis successoribus iudicem et advocatum constituimus hereditarie in praehabita civitate, qui in omni causa criminali et civili, parva vel arctua omnes incolas civitatis eiusdem et villarum circumiacentium . . . iure theutonico, quo civitas Vratislaviensis utitur, iudicabit.“

oder endlich in einer Urkunde vom J. 1279 des Abtes von Brzeſko für die Stadt Brzeſko:

„Item dignum statuimus, quod neque per nos, neque per nostrum vicarium, sed per advocatum dictae civitatis cum suis scabinis universae et singulae causae tam capitales quam criminales et civiles, tum sanguinis secundum exigentiam iuris dicti novifori . . . iudicabuntur.“

In Folge dessen hat in den deutschen Städten und Dörfern nicht der Grundherr selbst, sondern der Vogt oder der Schultheiß die Gerichtsgewalt gehandhabt. Seine Jurisdiktion erstreckte sich über alle Angelegenheiten, die der Grundherr für sich nicht ausdrücklich vorbehalten hat. Solche Fälle gab es aber sehr wenig, denn sogar Criminalfälle haben die Grundherren mit sehr seltenen Ausnahmen den Schulzen und Vögten anheimgestellt. Ausdrückliche Vorbehaltungen finden wir kaum in einigen Urkunden. So sagt der Krakauer Bischof Paul in der Urkunde vom J. 1269 für das Dorf Biesiadki:

„Excepto hoc tamen si tam gravis et enormis in-

gruerit articulus ut membri aut membrorum mutilatio, quem ad nostram praesentiam devolvi volumus iudicandum.“

— ferner Agnesz Hebtissin von Skala in einer Urkunde vom J. 1274 für das Dorf Wielmoze:

„excepto iudicio mutilationis membrorum aut homicidii quod ad nostrum iudicium duntaxat volumus reservari.“

— in einer Urkunde vom J. 1308 für Lblow lesen wir:

„Item furta, homicidia et eiusmodi latrocinia noster officialis in medio tempore per nos constitutus iudicabit, cuius tertia pars cedit sculteto; et alia iudicia minuta idem Helbrandus (scultetus) iudicabit.“

-- endlich Nikolaus Wersing Truchseß von Sandomir behält sich im Privileg vom J. 1359 für das Dorf Strzynka nur folgende Kriminalfälle vor:

„Item addicimus; si quis, quod absit, aliquem in praedictae villae gadibus in campis occiderit, vel virginem violenter oppresserit vel defloraverit, seu si quis domum alterius noctis tempore sub silentio furtive et violenter intraverit et per vim quod rapuerit, aut hospitem domus aut aliquem de eius familia occiderit, ista nobis specialiter ad iudicandum reservamus. Ceterum apponimus, quod si aliquis in furto vel homicidio aut etiam alio pessimo crimine captus fuerit vel deprehensus, praefatus Henczelinus scultetus suspendendi, caput plectendi, manus, pedes amputandi, oculos eruendi liberam habebit potestatem.“

Die in den obigen Bestimmungen gebrauchten Worte: „ad nostram praesentiam“, „ad nostrum iudicium“, „noster officialis“, „nobis reservamus“ darf man aber nicht so verstehen, daß der Grundherr in den vorbehaltenen Punkten freie Hand gehabt hätte. Im Gegenteile mußte er auch über diese Fälle im Ortsgerichte unter Mitwirkung des Schuzen und der Schöffen urteilen. Man weiß aber, daß der deutsche Richter Träger der Zwangsgewalt nicht aber der Cognitionsgewalt war, daß seine Tätigkeit angesichts der Schöffen sich lediglich auf den Vorsitz im Gerichte und auf den Anteil an den Bußen erstreckte.

Es könnte daher leicht scheinen, daß die Grundherren an den in ihren Gütern stattfindenden Gerichten fast gar nicht Teil

genommen hätten. Dies war aber keineswegs der Fall. Dieselben hatten nämlich, mochten sie nun die Entscheidung mancher Fälle ihrem persönlichen Vorſiße im Gerichte vorbehalten haben oder nicht, das Recht, die Ortsgerichte und besonders die ungeborenen Dinge zu besuchen oder einen besonderen Stellvertreter zu denselben zu entsenden, welchem der Vogt und bezüglich der Schultheiß den Vorſiß im Gerichte einzuräumen und mit der ganzen Gemeinde Pflege und Kost zu reichen verpflichtet war. Nur ausnahmsweise für gewisse Gemeinden begaben sich die Grundherren dieses Rechtes. Ein derartiges Privileg erhielt z. B. Krafau im J. 1257 in den Worten: „nullum eis praeficiemus advocatum nec specialem nec generalem . . .“ auf immer, und das Dorf Wola Borecka im Jahre 1350 auf gewisse Zeit: „In super praedicta hereditate nullus nuncius sive iudex domini regis habet sedere circa iudicium nisi praedictus scultetus tam diu, quam libertas concessa est.“ Was die anderen Gemeinden z. B. Bochnia anbelangt, so können wir nur aus dem allgemeinen Inhalte ihrer Privilegien die Vermutung ziehen, daß sie dasselbe Vorrecht genossen haben, obgleich dieses daselbst nicht ausdrücklich bemerkt wird. Im Allgemeinen aber unterließen die Grundherren nie, sich das Recht des Vorſiſſes in den ungeborenen Dingen vorzubehalten. Beispielsweise zitiren wir mehrere derartige Bestimmungen u. z. aus dem Privileg vom J. 1282 für Brzezница:

„Praepositus ter in anno veniet ad iudicium videlicet in octava Paschae, in octava Michaelis et in octava Epiphaniae Domini. Unum prandium a sculteto recipiet, residua duo prandia comethones tenentur benivole procurare. Si autem non seniet nuntius praedictus, extunc pro quolibet prandio octo scotos usualis argenti vel unum fertonem puri argenti solvere non obmittent. Censum supradictum nuntius praepositi una cum scolletis colligent et more consueto dividunt“.

aus einer Urkunde der Stadt Brzeſko vom J. 1279:

„De omni autem quaestu iudicii dicto monasterio semper duas partes praesentabunt, tertiam vero partem advocatus pro se in perpetuum percipiet civitatis; praeter tria iudicia in quolibet anno generalia, quae nobis dicto abbati de iure nostrisque successoribus debentur tantum-

modo; quibus etiam iudiciis, quarum per nos vel nostrum vicarium (intererimus), dictus advocatus cum adiustorio civium nos vel eosdem expensis suis iuxta iuris exigentiam videlicet novifori procurare tenebuntur.“

Ausführlich wird dieser Gegenstand in dem Privileg der Stadt Sandomir vom J. 1286 behandelt:

„Ad magnum iudicium, quod fit ter in anno, a latere nostro destinabimus militem seu civem quemcunque nobis fidelem, qui simul cum advocato diiudicans causas eisdem praesidebit. Item addimus promittentes civibus nostris supradictis et advocato, quod nullum provinciale advocatum super ipsos umquam statuemus nisi ad magnum iudicium, ut diximus superius, nec pluries nisi ter in anno . . .“

Das Recht und die Aufgabe eines solchen Boten oder Stellvertreters des Grundherrn bestand darin, durch Uibernahme des Vorsitzes in den ungebotenen Dingen das Ortsgericht zur Entscheidung von solchen Fällen, die dasselbe unter dem Voritze ihres eigenen Schultheißes oder Vogtes zu entscheiden nicht kompetent war, zu berechtigen. In vielen Urkunden wird dieses deutlich ausgesprochen, z. B. in einer Urkunde vom J. 1335 für das Dorf Gorzow:

„Insuper noster index sive nuncius ter in anno iudicio praesidebit, faciens iustitiae complementum, si personaliter praesidere non possumus.“

Diese großen Dinge, die dreimal jährlich in jeder Gemeinde stattfanden, werden in den polnischen Urkunden gewöhnlich „iudicia magna“ auch „iudicia generalia“ oder „iudicia provincialia“ genannt.⁵⁾ Die zwei letzten Benennungen rühren wahrscheinlich von dem Namen des vorsitzenden Richters her.

In vielen Urkunden, die sich auf königliche oder auf private Güter beziehen, wird dieser Richter nur allgemein als Bote oder Stellvertreter des Herrn bezeichnet „nuncius noster“, in anderen

⁵⁾ Diese „iudicia provincialia“ d. i. die ungebotenen Dinge in den grundherrlichen Ortsgerichten darf man nicht mit den Landgerichten, die in Deutschland auch „iudicia provincialia“ heißen, vermengen, denn diese letzteren erstreckten sich über ein bestimmtes Landesgebiet und bildeten nur für freie Bevölkerung den Gerichtsstand. Wie wir es schon oben erwähnt haben, existirten diese in Polen nicht, denn in den polnischen Landgerichten herrschte ausschließlich das polnische Recht.

Urkunden, die aber nur auf private Güter Bezug haben: *iudex noster*." Diese letzte Bezeichnung scheint darauf hinzudeuten, daß in größeren Güterkomplexen ein besonderer Richter vom Grundherrn bestellt wurde, der die einzelnen Dörfer periodisch bereifte und in den großen Dingen den Vorsitz übernahm. Zur Unterscheidung von den Ortsrichtern wurde derselbe „*iudex generalis*“ genannt. In den landesherrlichen Gütern hieß er gleichfalls „*advocatus generalis, provincialis*“ und die großen Dinge „*iudicia generalia, provincialia*.“ Beide Urkunden aber, in denen wir diesem Namen im XIIIten Jhdte. begegnen, nämlich die Urkunde für Krakau vom J. 1257 und eine andere für Sandomir vom J. 1286 scheinen durch ihre ganze Fassung gegen die Annahme zu streiten, daß schon damals die kleinpolnischen Landesfürsten ein beständiges Amt des Provinzialrichters bestellt hätten. In dem Krakauer Privileg wird der Name „*advocatus generalis*“ nur rein theoretisch gebraucht, denn der Fürst verspricht nur, einen derartigen Vogt nicht bestellen zu wollen. Im Privileg für Sandomir steht es aber, daß der Fürst zu jeder ungebotenen Gerichtsfigung „*militem seu civem quemcunque*“ in dem Charakter eines „*advocatus provincialis*“ entsenden wird.

Aus anderen Urkunden erfährt man dagegen, daß die Stellvertreter der Grundherren in den großen Dingen gewöhnlich ihre Gütsverwalter „*vicarii, procuratores*“ (Privil. vom J. 1319 für Rokitno, vom J. 1332 für Bunowice, vom J. 1345 für Lososina, vom J. 1347 für Gutanow zc.) gewesen waren, dergleichen in den landesherrlichen Gütern die landesherrlichen „*procuratores*“ (Privil. vom J. 1340 für Kieczowa) und eigentlich „*viceprocuratores*“, da für Kleinpolen nur ein einziger „*procurator generalis*“ in Krakau existierte und die fürstlichen Güter in einem jeden Bezirke durch einen „*viceprocurator*“ verwaltet wurden, der dem „*procurator generalis*“ Rechenschaft abzulegen verpflichtet war.

Obgleich jedoch die Grundherren persönlich oder durch Stellvertreter in den großen Dingen den Vorsitz führten und diese letzteren deshalb in den von den Grundherren ausgestellten Urkunden „*iudicium nostrum*“ genannt werden, so waren dies doch immer Ortsgerichte, welche von den Hofgerichten der Grundherren durchaus zu unterscheiden sind.

Der in der Gemeinde amthandelnde Vogt oder Schultheiß hatte seinen Gerichtsstand vor dem Grundherrn, wer immer derselbe sein mochte, König oder Bischof, Abt oder Ritter. Es gibt beinahe keine Urkunde, in welcher dieser Grundsatz nicht auf eine stereotype Art ausgesprochen wäre. Wir finden z. B. in einer Urkunde vom J. 1269, laut welcher der Krakauer Bischof Paul das Schulzenamt im Dorfe Biesiadki an jemanden verlieh, folgende Bestimmung:

„Et ipse scoltetus non nisi coram nobis nostro rite citatus annulo seu sigillo cuilibet in se agere volenti de iustitia responsurus.“

— im Privileg Kasimir des Großen vom J. 1340 für die königliche Stadt Grynberk:

„Advocatus etiam coram nullo iudice nullatenus respondebit nisi tantum coram nobis stabit et non aliter de se querulantibus respondebit, nisi suo iure theutonico Magdeburgensi.“

— und im Privileg vom J. 1365 laut welchem derselbe Monarch einem gewissen Leonard die Erlaubniß gab, sein Dorf Gavlów auf deutschen Rechtsfuß zu setzen:

„Decernimus, quod de cetero scultetus coram suo domino Leonardo . . . in curia domini sui, cmethones vero coram ipsorum sculteto non alio iure nisi ipsorum iure theutonico magdeburgensi iudicialiter respondebunt.“

Aus dem Grundsatz aber, daß die Schultheißen und Vögte vor den Grundherren ihren Gerichtsstand hatten, könnten wir noch keineswegs den Ursprung der besonderen Hofgerichte ableiten. Warum sollte nämlich der Grundherr oder sein Stellvertreter, der ja dreimal im Jahre in den Ortsgerichten den Vorsitz übernahm, in diesen „großen Dingen“ nicht auch über die Angelegenheiten des Schultheißen selbst entscheiden? Dies war nun geradezu unmöglich, da nach der allgemeinen Regel dem vorsitzenden Richter eben nur der Vorsitz und überhaupt die Exekutionsgewalt, nicht aber die Cognition und die Entscheidung des Streites zukam. Dieselbe wurde durch die Schöffen getroffen. Nach einer anderen schon einmal erwähnten Regel konnte aber der dem Stande nach niedriger gestellte über einen höher gestellten niemals urteilen. Nun hatten sich die Vögte und die Schultheißen der deutschen Gemeinden in Polen beinahe zu einem

besonderen, über die in diesen Gemeinden wohnende Bevölkerung erhabenen Stand herangebildet. Außer der persönlichen Freiheit erhielten sie Kraft der Lokationsurkunden der bezüglichen Städte und Dörfer ein Grundeigentum, von welchem sie zu keinen Abgaben zu Gunsten des Herrn verpflichtet waren. Sie näherten sich also jener Volksklasse, die in Deutschland schöffensbarfrei genannt wurde. Daher konnten über die Rechtsache eines Vogtes oder eines Schultheißen nur die aus schöffensbarfreien und mit dem deutschen Rechte vertrauten Leuten also in Polen nur aus der Reihe der anderen nahewohnenden Schultheißen und Vögte gewählten, nicht aber die im Ortsgerichte sitzenden hinterlässigen Schöffen die Entscheidung treffen.

In vielen Urkunden ist dieses Vorrecht der Schultheißen und Vögte ausdrücklich hervorgehoben, z. B. in einer Urkunde vom J. 1299 für das dem Krafauer Kastellan Wierzbienta gehörige Dorf Bimnodol:

„et si quis praedictum nostrum scultetum citaverit, eorum nullo respondebit, nisi coram septem liberis scultetis.“

Höchst interessant ist in dieser Beziehung eine Urkunde vom J. 1275, laut welcher Johann Schultheiß in dem Dorfe Zadrozje einen Teil seiner freien mansi seinem Vater Gedco verkauft, mit Zustimmung des Grundherrn diesen Gedco von den Ortsgerichten unabhängig erklärt, und ihn hinsichtlich seines Gerichtsstandes vor das Hofgericht weist, indem er dadurch den Grundsatz auszusprechen scheint, daß jeder freie Mann, der von seinem Besitze keine Abgaben entrichtete, vor die grundherrlichen Ortsgerichte nicht gezogen werden durfte:

„Praeterea de speciali gratia dominarum praedictarum et mea scolteti supradicti praefatus Gedco cum suis posteris a iudiciis scolteti et suorum successorum, a prandiis eiusdem conventus . . . et a iudicio provinciali (d. i. von den ungeborenen Sitzungen des Ortsgerichtes), a scabinatu et consulatu perpetuo liber existat. Excepto duntaxat, cum per sigillum conventus citabitur, coram eodem conventu sororum vel earum iudice respondere teneatur.“

Die aus den freien Leuten gewählten und zur Entscheidung der Rechtsachen der Schultheißen und Vögte berufenen Schöffen

bildeten nun unter dem Vorſiße des Grundherrn oder ſeines Stellvertreters das Hofgericht. Die Zahl der Schöffen betrug in den Hofgerichten regelmäßig ſieben, wie wir es aus der oben angeführten Urkunde erſehen können, zuweilen auch neun, wie z. B. in den Gütern des Kloſters von Staniatki (Urk. vom J. 1282):

„Etiam et ipsum (scoltetum) in nullo iudicare permitimus nec suos heredes, nisi fiat de ipso novem feodalium praesentia mediante.“

Die Zahl von zwölf Schöffen, die in jedem Ortsgerichte die übliche war, treffen wir in den Hofgerichten nicht an. Den Vorſiß führte in denſelben, wie oben erwähnt, der Grundherr ſelbſt, oder ein von ihm dazu ernannter Stellvertreter. In größeren Güterkomplexen war derſelbe ein für allemal ernannt und hieß: „iudex curiae, iudex provincialis.“ Es war dies möglicherweiſe derſelbe Richter, der daneben die Ortsgerichte bereiſte und in den großen Dingen ſaß.

Das Hofgericht wurde entweder in dem Orte, wo der verklagte Vogt oder Schultheiß tätig war, oder am Hofe des Herrn gehalten. Wir ſehen dieſes aus dem oben zitierten Privileg für das Dorf Gawlow vom J. 1365, und aus einer Urkunde vom J. 1337 des biſchöflichen Gutes Winiary:

„Volumus insuper ut praenominatus Joannes scultetus, si per quempiam citatus fuerit in causis saecularibus, non alibi respondere tenetur nisi in villa sua praedicta aut in curia nostra, septem scoltetis vicinioribus convocatis, quibus actor de expensis tenebitur procurare.“

Die Hofgerichte wurden verſchieden genannt: „iudicium nostrum“ (d. i. des Herrn), „iudicium curiae“, „iudicium provinciale“ und am beſten „iudicium scultetorum“ d. h. das Gericht über den Schultheißen im Gegenſatze zu dem Orts- oder Schultheißengericht. Den Namen „iudicium scultetorum“ findet man in einer Urkunde des Kloſters Tyniec vom J. 1349:

„Scultetus autem coram nostro iudicio provinciali seu scultetorum tunc de se querulantibus non aliter quam suo iure theutonico respondebit.“

Wir ſchließen unſere Forſchung über die Hofgerichte in den nicht landesherrlichen Gütern mit der Bemerkung, daß die Schul-

heißen und Bögte in allen ihren Rechtsfachen vor diesen Gerichten ihren Gerichtsstand hatten, vorzugsweise aber dann, wenn einer von ihnen in den von ihm abgehaltenen Ortsgerichten jemandem absichtlich Unrecht tat oder die Rechtssprechung vernachlässigte. Diese zwei Fälle hebt Kasimir der Große in der Urkunde vom J. 1342 für die Stadt Skalmierz, die auf dem Gute des Krakauer Bischofs lag, ausdrücklich hervor:

„Si vero dictus advocatus et scabini Scarbimirienses alicui coram ipsis agenti vel querulanti iniuriam fecerint, vel in reddenda iustitia fuerint negligentes, extunc liceat iniuriam passo vel per eos gravato ad iudicium domini episcopi Cracoviensis recurrere et provocare, ubi idem advocatus et cives Scarbimirienses vel quilibet eorum non alio nisi suo iure theutonico iudicentur.“

Wir haben uns jetzt zu denjenigen Hofgerichten zu wenden, welche auf den königlichen Gütern bestanden. Auf diesen Gütern war der Grundherr zugleich Landesherr. In der Person des Landesherrn war also eine doppelte Gerichtsgewalt vereinigt, zuerst die grundherrliche über die in den königlichen Gütern amthandelnden Schultheißn und Bögte, sodann die landesherrliche oder öffentliche, welche in einer allgemeinen Aufsicht über das ganze deutsche Gerichtswesen sowol in den Kron- als auch in allen Privatgütern bestand. Die kleinpolnischen Fürsten haben aber für diese Zweige ihrer Gerichtsgewalt keine besonderen Organe geschaffen, sondern sie haben ihren Hofgerichten, welche lediglich für die Krongüter eingesetzt waren, auch die öffentliche Gewalt über alle deutschen Gerichte überhaupt anvertraut.

In Folge dessen wurde der Wirkungskreis der landesfürstlichen deutschen Hofgerichte ungemein erweitert. Außer allen Bögten und Schultheißn aus den königlichen Gütern und Städten wurden vor diese Gerichte auch die Grundherren selbst, wenn sie jemandem das Recht verweigerten oder sich nachlässig zeigten, gezogen. So bestimmt Wladislaus Lokietek in der Urkunde vom J. 1319, in welcher er den Dörfern des Klosters von Henrykow Namens Broznica und Glewa das deutsche Recht verlieh, ausdrücklich:

„nisi tunc, si ipsi fratres essent negligentes in iustitia querulantibus de praefatis incolis facienda, tunc per

nostram litteram citati coram nostro iudicio iure theutonico tenebuntur respondere.“

Dasselbe tut er im J. 1325 aus Anlaß der Uebertragung des Dorfes Kielczewice, dessen Grundherren die Brüder Bogusß und Johann waren, aus dem polnischen auf das deutsche Recht: „Addicimus etiam, ut saepedicti fratres Bogussius et Jeschco coram nullo habeant respondere nisi coram nobis, et non nisi per litteram nostro sigillo fuerint evocati, tunc iure suo videlicet theutonico respondebunt.“

Die Bevölkerung antwortete also vor ihren Schultheißen und Bögten, diese vor ihrem Grundherrn und der Grundherr im Falle der Rechtsverweigerung vor dem Landesherrn. Ein Privileg Vladislaus des Lokietes vom J. 1333 für das Kloster von Zendrzejow spricht diesen Rechtsatz ganz deutlich aus:

„nulli penitus respondebunt, nisi tantum cmethones cuiuslibet villae coram sculteto iure suo theutonico; sculteti vero dictarum villarum coram domino suo abbate. Si autem ipse dominus abbas ad reddendam iustitiam negligens fuerit, tunc coram nobis aut iudicio nostro generali, dum per litteram nostro sigillo munitam evocatus fuerit, tunc dicto suo iure theutonico de se querulantibus respondere tenebuntur.“

In vielen Fällen begnügten sich jedoch die Fürsten nicht damit, sondern indem sie ihre öffentliche Gewalt gegenüber der grundherrlichen erweiterten, behielten sie sich die Möglichkeit vor, nicht nur den Grundherrn, sondern mit diesem zugleich auch den von ihm bestellten und eigentlich nur von demselben abhängigen Schultheißen vor ihr Hofgericht zu ziehen. Wir lesen z. B. in einer Urkunde des Königs Benzeslaus vom J. 1295 für das Kloster von Miechow:

„Si vero praescriptus praepositus Miechoviensis et eiusdem domus sculteti in iustitia unicuique reddenda existerent negligentes, extunc ad nostram vel nostri capitanei tantum praesentiam per litteram nostram nostro sigillo aut eiusdem capitanei annulo sigillatam citabuntur, eodem iure, quo locati fuerint, coram nobis sive nostro capitaneo responsuri.“

Dasselbe wiederholt sich in der Urkunde der Fürstin von Sandez Brrphina vom J. 1299 für die in der Umgegend von

Ramienica angelegten Dörfer, in der Urkunde Wladislaus des Lokietek für die Zisterzienserkloster in Wandoz, Koprzywnica und Szczyrzyc und in vielen anderen Urkunden.

Später giengen die Landesherren noch einen Schritt weiter. Sie bestimmten nämlich in den von ihnen ausgestellten Urkunden öfters, daß die Schultheißen nicht nur vor ihrem Grundherrn, sondern auch ohne Zuziehung des Grundherrn unmittelbar vor dem königlichen Gerichte sich zu verantworten haben. Dies tat vorzugsweise Kasimir der Große z. B. in einem Privileg vom J. 1351 für das Kloster von Lysagora, in einem anderen vom J. 1353 für das einem gewissen Marciślaw gehörige Dorf Otwinow, in den Privilegien vom J. 1355 für das Kloster von Mogila und vom J. 1364 für das Kloster von Tyniec u. s. w. Eine derartige Bestimmung lautete gewöhnlich:

„scoltetus vero non alias quam coram suo domino vel etiam coram nobis, dum per litteram nostro sigillo munitam evocatus fuerit, tunc de se querulantibus non aliter quam suo iure theutonico respondebit“.

Man forderte aber die Schultheißen aus den Privatgütern vor das landesherrliche Hofgericht vorzugsweise im Falle der Rechtsverweigerung, wie wir es aus der Urkunde des St. Andreas Klosters in Krakau vom J. 1364 ersehen können:

„advocatus vero praedictus coram dominabus suis, aut si de reddenda iustitia negligens fuerit, coram nostro iudicio generali . . . respondebit“.

An anderen Stellen z. B. im Privileg vom J. 1271 für die Stadt Zndrzejow, die auf einem Kloster Gute lag, behält sich der Landesherr das Gericht über die Bögte nur in Verbrechen politischer Natur vor:

„Et ut demum nostrae donationis perfectioni nihil desit, in eadem civitate et eius districtu nullam iurisdictionem nobis aut nostris successoribus in posterum volumus reservari. Qui advocatus ipsius civitatis vel scoltetus, si de prodicione, patricidio vel terrae praedatione seu quod absit crimine laesae maiestatis impeteretur vel similibus, a nobis tantummodo et non alio aliquo theutonico iure iudicabitur et poena debita punietur“.

In manchen Privilegien gehen die Landesherren so weit, daß indem sie den Gerichtsstand der Schultheißen in dem fürst-

lichen Hofgerichte festsetzen, sie dabei des betreffenden grundherrlichen Hofgerichtes entweder keine Erwähnung tun, oder aber dasselbe geradezu ausschließen. So liest man in dem Privileg Lesko des Schwarzen vom J. 1288 für Tyniec:

„sed sculteti coram nobis iure theutonico respondebunt“.

— in dem Privileg des Lokietek vom J. 1317 für das Kloster Staniatki:

„sculteti etiam in ipsorum (nämlich heredum) praesentia non respondebunt nisi coram nobis . . . suo tamen iure de iustitia responsuri.“

— in dem Privileg vom J. 1354 Kraft welchem Kasimir der Große die Stadt Kzeszow mit der Umgegend dem Johann Pascolaw schenkte:

„nisi advocatus aut sculteti praemissarum villarum coram nobis vel iudicio nostro . . . tunc suo iure theutonico de se querulantibus respondebunt.“

— ähnlich in einer Urkunde vom J. 1359, mit welcher derselbe Fürst drei grundherrlichen Dörfern Gorczyce, Wielopole und Ujście das deutsche Recht verlieh:

„idem autem scultetus . . . tunc de se querulantibus in nostra curia iure theutonico tenebitur respondere“.

Doch wird durch den einzigen Umstand, daß die königlichen Gerichte ihre Macht zu erweitern getrachtet haben, die Tatsache, daß die Schultheißen und Bögte aus den Privatgütern vor diese Gerichte gerufen wurden, nicht genügend erklärt. Der eigentliche Grund dieser Erscheinung liegt etwas tiefer. Wir haben schon gesagt, daß die Bögte und Schultheißen in Polen jenem Stande gleichkamen, der in Deutschland schöffensbarfrei war und als solcher das Vorrecht hatte, nur vor öffentlichen sub banno regis gehegten Gerichten seine Rechtsstreitigkeiten auszumachen und überhaupt als Partei zu erscheinen. Da nun die in Privatgütern angestellten Schultheißen und Bögte sich als freie Leute betrachteten, so strebten sie auch darnach, sich von der Gerichtsgewalt der Grundherren zu befreien und da es in Polen keine deutschen Landgerichte gab, so wünschten sie wenigstens in den königlichen Hofgerichten sich ihren Gerichtsstand auszubilden.

Es war dies ein Umstand, der auf die Organisation der königlichen deutschen Hof- und Pfalzgerichte nicht ohne Einfluß geblieben ist. Bevor wir aber zur Schilderung dieser Organi-

fation übergehen, müssen wir noch einige Worte der Erklärung jener Privilegien widmen, in welchen nicht nur die Schultheißen, sondern auch die Einwohner einer gewissen Gemeinde unter die Jurisdiktion anscheinend der Hofgerichte gestellt werden. Diese Privilegien lassen sich in mehrere Gruppen einteilen.

Man begegnet zuerst Urkunden in denen steht, daß außer den Schultheißen auch die Rathmänner und Schöffen in dem Hofgerichte ihren Gerichtsstand haben, z. B. im Privileg Boleslaus des Schamhaften vom J. 1253 für Bochnia steht es:

„advocatus et sui successores una cum ministris eorum a nemine nisi a nobis . . . iudicari debebunt et tunc non aliter comparere teneantur, nisi per nostras litteras fuerint evocati.“

— oder im Privileg Kasimirs des Großen vom J. 1354 für die Stadt Skawina:

„Advocatus vero, consules, scabini coram nobis, dum tamen per litteram nostram evocati fuerint, tunc de se querulantibus suo nihilominus iure theutonico Magdeburgensi . . . respondere sint astricti.“

Diese Sache wird jedoch zu wenig in den damaligen Privilegien behandelt, als daß wir mit voller Bestimmtheit uns darüber aussprechen könnten, inwieweit die ihrem Stande nach mit der übrigen Einwohnerschaft gleichgestellten Schöffen der Ortsgerichte vor diesen Ortsgerichten (in welchen ja auch der Grundherr oder sein Stellvertreter und auch der Landesherr den Vorsitz öfters übernahm), oder aber vor dem Hofgerichte ihre Rechtsfachen anzufechten hatten. Wir können jedoch vermuten, daß diese nur in dem Falle, wo es sich um eine Klage wegen Rechtsverweigerung oder Fahrlässigkeit im Rechtssprechen handelte, vor das Hofgericht gerufen werden sollten, in allen übrigen Rechtsfachen aber vor dem Ortsgerichte als Beklagte zu erscheinen hatten.

Am schwierigsten ist es jedoch, jene Fälle zu bestimmen, in welchen nicht nur die Schultheißen und die Schöffen, sondern auch die Bürger und die Bauern überhaupt vor das Hofgericht gezogen werden konnten. In vielen Urkunden nämlich finden wir darüber nur eine ganz allgemeine Bestimmung. Als Beispiel mögen dienen: ein Privileg Boleslaus des Schamhaften vom J. 1276 für das Dorf Przegonia:

„Scultetus et omnes villani per litteram ad praesentiam nostram citabuntur et in praesentia nostra non aliter nisi suo iure theutonico iudicabuntur.“

— dann ein Privileg Lesco des Schwarzen vom J. 1287 für die auf dem Grunde des Klosters von Busko angelegte Stadt Busko:

nullus civis citabitur . . . nisi coram nobis et sub praeposito et coram sculteto suo iure theutonico in magnis et parvis causis iudicandi.“

— oder endlich ein Privileg Vladislaus des Lokietek vom J. 1326 für Peter Kunicki und sein Dorf Wilkowice:

„Petrus una cum sculteto et villanis, nisi per litteram . . . ad nostram praesentiam citati erunt, extunc iure suo theutonico unicuique querulanti de ipsis respondere tenebuntur.“

Diese Bestimmungen können unmöglich wörtlich genommen werden, da sie in diesem Falle im direkten Widerspruche zu dem Grundsätze stehen würden, daß die Land- und Städtebevölkerung vor den Ortsgerichten ihren ordentlichen Gerichtsstand hatte. Deshalb müssen wir annehmen, daß das Hofgericht für dieselbe nur in gewissen Fällen ausnahmsweise kompetent war. Auf diesen Gedanken führen uns andere Urkunden, in denen die ganze Sache genauer präzisirt ist.

In einigen findet sich nämlich die ausdrückliche Bemerkung, daß die Bevölkerung nur im Notfalle vor das Hofgericht gestellt werden solle. Man liest z. B. in einer Urkunde Lesco des Schwarzen vom J. 1287 für die Dörfer Bibichy und Meszow:

„Excepte nostro iudicio ad quod si opus fuerit per litteram nostram tamen sub nostro sigillo citati venient, non aliter quam iure theutonico iudicandi.“

— oder in dem Privileg vom J. 1286 für Sandomir:

„nec alibi umquam citabuntur advocatus cum civibus suis et alii iure theutonico fruantes nisi ad nostrum iudicium si opus fuerit per litteram sub sigillo nostro . . .“

Dasselbe findet man in einer Urkunde vom J. 1288 für die Dörfer Sprowa und Kaszkow und in anderen mehr. Wann trat aber diese Notwendigkeit, dieses „si opus fuerit“ hervor? Hierüber geben uns andere Urkunden einige Aufklärung.

Eine Lokationsurkunde des Dorfes Brzezniża vom J. 1282 erwähnt nur den einen Fall, wo die Gesamtheit der Dorfbewölkerung d. i. die ganze Gemeinde bei dem Hofgerichte angeklagt wird:

„nec non et incolae eius, quae nova Bresnicia appellatur, . . . sed solummodo littera sigillo principis sigillata citati dum fuerint, coram praesentia principis comparebunt. Hoc tamen adiecto articulo, ut cum per litteram principis citati fuerint, non omnes in termino comparebunt, sed tantummodo scultetus acceptis secum duobus civibus in termino eis praefixo astabit.“

Andere Urkunden berücksichtigen den Fall, daß jemand in seinem Ortsgerichte keine Gerechtigkeit erlangen könne und bestimmen, daß in diesem Falle die Kompetenz des Hofgerichtes eintritt. Es ist dies ein Punkt, den wir genauer auseinanderzusetzen müssen. Nach den Grundsätzen des deutschen Rechtes sollte man nämlich den Richter wegen Rechtsverweigerung bei dem über ihn gestellten Gerichte verklagen. Wir haben schon oben darüber gesprochen und wollen hier noch eine Bestimmung Kasimirs des Großen aus einer Urkunde für das Dorf Lipnik vom J. 1346 als Beispiel hinzufügen:

„Cum autem scultetus in reddenda iustitia de quocunque esset negligens, ad nos pro habenda iustitia cmethones habebunt recursum.“

Wenn eine derartige Beschwerde erhoben wurde, so zwang der Grundherr den Ortsrichter mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zur Entscheidung der anhängigen Rechtsache. Es kam jedoch zuweilen vor, daß die gegen den Ortsrichter angewendeten Zwangsmaßregeln den gewünschten Erfolg nicht herbeiführten, oder aber daß der verklagte Ortsrichter keine Bürgschaft dafür zu leisten schien, die in Rede stehende Rechtsache in seinem Gerichte ordnungsmäßig durchzuführen. Dann blieb wol dem Grundherrn nichts anderes übrig, als persönlich oder durch einen Stellvertreter den Vorsitz im Ortsgerichte zu übernehmen und den anhängigen Streit zur Entscheidung zu bringen. In der Regel wurde über derartige Sachen in den ungebotenen Dingen des Ortsgerichtes geurteilt. Wenn wir nun in dem Privileg der Stadt Rzeszów vom J. 1354 die Bestimmung lesen, daß: „cmethones vero, cum eorum sculteti in reddenda

iustitia fuerint negligentes, tunc per suum dominum iudicantur,“ so hat man dabei eher an das Ortsgericht unter dem Vorſitze des Herrn als an das Hofgericht zu denken. Ausnahmsweise begegnen wir aber Bestimmungen, die für die Kompetenz des Hofgerichtes zu sprechen scheinen. So sind aus der Zeit des Königs Benzeslaus zwei Urkunden vom J. 1294 erhalten, die eine für die Dörfer des Klosters von Mogila, die andere für die des Klosters von Henrykow. Wir lesen in denselben:

„ut nullus dictos incolas iudicet nisi eorum domini fratres ordinis supradicti aut tunc solum noster capitaneus, cum iidem essent negligentes in iustitia querulantibus facienda.“

Eine Urkunde Vladislaus des Lokietek vom J. 1326 für die zum Kloster von Tyniec gehörigen Dörfer Gromnik und Golanfa drückt sich folgendermaßen aus:

„Citati tamen scultetus et villani supradicti per nostram litteram tantum in curia nostra de se querulantibus apparebunt, dum idem scultetus in reddenda iustitia negligens repertus fuerit, iure theutonico responsuri.“

Man könnte zwar versuchen, die oben gegebenen Bestimmungen so zu erklären, daß nur der Ortsrichter und die Partei, welcher er das Recht verweigerte, im Hofgerichte erschienen, die Rechtsache aber, um welche es sich handelte, jedenfalls vor das Ortsgericht zurückgewiesen und hier zur Entscheidung gebracht wurde, aber diese Interpretation ist nur eine Vermutung und es bleibt bis auf Entdeckung von neuen Quellen unentschieden, ob überhaupt die Hofgerichte über die von den Ortsrichtern abgelehnten Rechtsachen zu entscheiden hatten.

Weit fester steht die Tatsache, daß die Landesherren über manche sehr wichtige Rechtsachen, die sie sich vorbehalten hatten, nicht nur in den Ortsgerichten persönlich oder durch einen dazu entsandten Stellvertreter, sondern auch im Hofgerichte Recht gesprochen haben. Beweise dafür finden sich in mehreren Urkunden z. B. im Privileg Boleslaus des Schamhaften vom J. 1275 für das Kloster von Dlubnia:

„Si vero aliquis excessus gravis et enormis emerſerit, quem scolteti vel eorum domini dirimere non valebunt,

tunc ad nostram praesentiam littera nostro sigillo sigillata citabuntur et coram nobis non aliter quam suo iure theutonico iudicabuntur.“

Genauer drückt dasselbe die Fürstin von Sandez Gryphina in der Urkunde vom J. 1299 für die in der Nähe von Kamienica angelegten Dörfer aus:

„qua vero causas iuris magdeburgensis iudicare villa nequit, uti causas maximas et nimium enormes, in his ad nostram curiam vel dictarum sororum recurratur.“

Aus einer Urkunde Lesko des Schwarzen vom J. 1288 für die Dörfer von Tynieć können wir aber schließen, daß in solchen Fällen der Ortsrichter zur Sitzung des Hofgerichtes herbeigezogen wurde. Wir lesen nämlich:

„incolae . . . nisi ad suum scultetum, ad nos autem non aliter citabuntur nisi per litteram . . . in causa tantummodo, quam scultetus non potest diffinire, qui tamen scultetus coram nobis vel nostris iudicibus suos villanos vel cives suo iure iudicabit.“

Im Allgemeinen läßt sich daher behaupten, daß die zwischen den Orts- und Hofgerichten gezogene Gränze nicht unüberschreitbar gewesen ist, sondern durch die Willkür des Grundherrs manche Ausnahmen von Zeit zu Zeit herbeigeführt wurden. Es scheint sogar, daß der Grundherr jeden Rechtsstreit vor sein Hofgericht ziehen konnte, sobald er nur die Parteien schriftlich und unter seinem Siegel vorlud. Kasimir der Große sagt dieses geradezu in einem Privileg vom J. 1336 für Sandomir:

„In causis gravibus et magnis, vel quae tales emergerint, et etiam si qui per nostram litteram citati et evocati fuerint, iure suo theutonico in castro nostro Sandomiriensi iudicabuntur.“

Die schriftliche Vorladung war also eine Bedingung, die in jedem einzelnen Falle notwendig erfüllt werden mußte, wenn die Parteien in dem Hofgerichte erscheinen sollten. In keiner Urkunde wurde diese Bedingung übergangen und ein Privileg vom J. 1290 für die Stadt Miechow beschränkt sich lediglich auf Festsetzung dieser einen Bedingung:

„Volumus etiam ut dictae civitatis advocatus et cives ceterique villani in territorio ibidem iure theutonico locati per nullum comesarium nec officialem ad nostram

citentur praesentiam, nisi per nostram litteram nostro annullo sigillatam.“

Das deutsche „ius evocandi,“ über welches aber leider bis heutzutage jede nähere Untersuchung fehlt, hat also ganz gewiß nach Polen Eingang gefunden.

Von diesem Rechte machten natürlich die Landesherren und ihre deutschen Hofgerichte den größten Gebrauch, indem sie dadurch ihre Macht nach allen Richtungen hin ausbreiteten. Damit gehen wir zur inneren Organisation der fürstlichen Hofgerichte über, indem wir ihre Entwicklung von der Mitte des XIIIten Jhdts. bis zu den Reformen Kasimirs des Großen darzustellen suchen.

Die deutschen Hofgerichte der damaligen polnischen Teilfürsten entwickelten sich auf derselben Grundlage, wie in den geistlichen und adeligen Gütern, denen das deutsche Recht verliehen worden war. Sie sind nicht als öffentliche (wie das polnische Hofgericht) sondern als grundherrliche Gerichte über die in den landesherrlichen mit dem deutschen Rechte bewidmeten Gütern tätigen Schultheissen und Vögte entstanden. Da aber die landesherrlichen Güter wegen ihres Umfanges alle anderen weit hinter sich ließen, da die für diese Güter eingesetzten Hofgerichte außer der grundherrlichen allmählich auch die öffentliche Gewalt bekommen hatten, so ist es ganz erklärlich, daß die innere Entwicklung dieser Gerichte viel schneller vor sich gieng, als die der Hofgerichte in den einzelnen Privatgütern.

Im XIIIten Jhd., wo Polen aus vielen kleineren Teilfürstentümern bestand, waren die deutschen Hofgerichte noch eng an die Person des Fürsten gebunden, wurden nur an seinem Hofe gehalten und waren Hofgerichte in der wahren Bedeutung des Wortes. Ueber die Organisation des in Kleinpolen zu dieser Zeit existirenden deutschen Hofgerichtes geben uns die Urkunden keine eingehende Auskunft. Die Landesherren bestimmen darin, daß die bezüglichlichen Rechtsfachen „coram nobis, ad nos, ad nostram praesentiam“ oder „ad nostrum tribunal (1253. 1276), ad nostrum iudicium (1286. 1287)“ gelangen sollen. Eine Urkunde vom J. 1288 für die Dörfer Sprowa und Maszkow stellt fest, daß das Gericht am fürstlichen Hofe stattfand:

„verum si opus fuerit ad nostrum iudicium per litteram

sub sigillo nostro citati suo iure et secundum formam iudicii theutonici in curia nostra iudicandi.“

Wir könnten beinahe meinen, daß hier nur von dem ordentlichen polnischen Hofgerichte die Rede ist, wenn nicht in einer jeden Urkunde ausdrücklich bemerkt würde, daß das Gericht nach den Grundsätzen des deutschen Rechtes gehalten werden solle. Es bestand also ein besonderes Hofgericht des polnischen und ein anderes des deutschen Rechtes. Zu diesem letzteren wurden Schöffen herbeigezogen, die man aus der Zahl der Schultheißen und Wögte wählte und die auch „*assessores*“ hießen. Wir lesen nämlich in dem Privileg vom J. 1253 für Bochnia:

„*Porro ipse advocatus et sui successores . . . a nemine nisi a nobis . . . per assessores seu scabinos, qui ius theutonicum non ignorent, in omni generaliter causa iure theutonico iudicari debebunt.*“

— und in dem Privileg vom J. 1288 für Brzezynica:

„*. . . coram praesentia principis comparebunt et more consueto sicut ius civile requirit coram scoltetis aliquibus et (ut?) scabinis iure theutonico respondebunt.*“

Ob der Landesherr in diesem Gerichte einen dauernden Stellvertreter gehabt hat, können wir nicht mit Sicherheit behaupten. Der in den Privilegien von Krakau (1257) und Sandomir (1286) erwähnte „*advocatus generalis*“ und „*advocatus provincialis*“ scheint, wie wir es schon oben angedeutet haben, mit dem Hofgerichte keine Berührung zu haben. Die Urkunde Lesko des Schwarzen vom J. 1288 für Tyniec bewegt sich aber in zu allgemeinen Ausdrücken: „*coram nobis vel nostris iudicibus.*“

Der Wirkungskreis des landesherrlichen Hofgerichtes in Klempolen erstreckte sich natürlich über das ganze Teilfürstentum, also über die Provinzen von Krakau und Sandomir und teilweise auch über das Fürstentum von Sandomir. Dieses letztere bildete nämlich ein Wittum der fürstlichen Gemahlinnen und besaß sein eigenes Gericht an dem fürstlichen Hofe zu Sandomir, dem gegenüber das Krakauer Hofgericht als das mit der höchsten Gewalt ausgestattete nur in seltenen Fällen auftrat. Von der Existenz eines Hofgerichtes in Sandomir findet man aber in dieser Zeit keine Spur. Es war auch kein Grund für die Ent-

stehung dieses Gerichtes vorhanden, solange die Länder von Krakau und von Sandomir ein Fürstentum zusammen bildeten und die in denselben liegenden landesherrlichen Güter unter der Verwaltung eines „*procurator generalis terrae Cracoviensis et Sandomiriensis*“ standen. Nur auf eine sehr kurze Zeit, als zu Ende des XIIIten Jhdts. Boleslaus von Masovien und Vladislaus Lokietek von dem Lande von Sandomir ohne dabei des Landes von Krakau Herr zu sein Besitz genommen hatten, kann ein Hofgericht auf ihrem Hofe zu Sandomir bestanden haben und dieses ist nach Wiedervereinigung des Landes mit Krakau notwendig wieder verschwunden.

Das Hofgericht war übrigens nicht an die Residenz des Fürsten gebunden, sondern es folgte dem fürstlichen Hofe auf allen seinen Wanderungen. Dies war aber ein Umstand, der in Verbindung mit anderen eine neue Organisation des Hofgerichtes veranlaßt hat. Solange nämlich das ganze Fürstentum nur aus den Ländern Krakau und Sandomir bestand, konnte der Landesherr die an sein Hofgericht gelangenden Rechtsachen ohne große Mühe erledigen. Mit dem Augenblicke aber, wo die Teilfürstentümer unter der Regierung des Premislaus, Benzeslaus und Vladislaus des Lokietek zu einem Gesamtreiche vereinigt wurden, wuchs die Zahl der anhängigen Rechtsachen so ungemein an, daß der Landesherr sie in keiner Weise zu bewältigen im Stande war. Noch wichtiger war, daß die einzelnen Teilfürstentümer trotz der Personalunion, die sie eingegangen waren, dennoch eine vollständige Selbständigkeit auf dem Gebiete der Verwaltung und des Gerichtswesens bewahrt haben und vor allem den Grundsatz aufrecht hielten, daß die Rechtsachen einer Provinz nicht in einer anderen von dem Landesherrn entschieden werden durften. Daraus entstand für den König die Notwendigkeit, alle Provinzen regelmäßig zu bereisen und überall an Ort und Stelle das Gericht abzuhalten. Obwol aber der König dieser Pflicht gewissenhaft nachkam, so unterblieb jedoch wegen Mangel an Zeit die Erledigung einer großen Anzahl von Rechtsachen oder mußte wenigstens in die Länge gezogen werden. Dies führte daher die Könige Polens sehr früh auf den Gedanken, durch Einführung von besonderen an ihre Person nicht gebundenen Provinzial-Hofgerichten dem Uebel zu steuern. Auf die hieraus hervorgegangenen Gerichte übertrugen sie die ganze

Masse von Rechtsstreitigkeiten, die vordem im Hofgerichte zur Entscheidung gelangten, und nur die allerwichtigsten Fälle behielten sie sich selbst d. h. ihrem Hofgerichte vor. Auf diese Weise sind neben dem königlichen Hofgerichte auf den wichtigsten Pfälzen einer jeden Provinz königliche Pfalzgerichte des deutschen Rechtes entstanden, die man auch Provinzialgerichte nannte.

Die Entstehung dieser Gerichte fällt in die Regierungszeit des Königs Benzeslaus von Böhmen, der überwiegend in Böhmen verweilte und die einzelnen polnischen Provinzen durch besondere Statthalter verwalten ließ. Für ganz Kleinpolen wurde ein derartiger Statthalter unter dem Titel: „Starosta“ „Capitaneus“ eingesetzt, der seinen Amtssitz auf der königlichen Pfalz zu Krakau nahm. In der Urkundensammlung der Krakauer Kathedraalkirche finden wir eine Urkunde vom J. 1303, welche durch: „Nos Ulricus de Boscoviez capitaneus Cracoviae et Sandomiriae . . .“ ausgestellt wurde. Einige anderen und zwar aus dem J. 1294 für das Kloster von Mogila, aus demselben Jahre für das Kloster von Henrykow und aus dem J. 1295 für das Kloster von Miechow haben wir bereits angegeben, aus denen erhellt, daß der auf dem königlichen Schlosse amthandelnde Starost alle jene Rechtsachen in dem unter seinem Voritze gehegten deutschen Pfalz- oder Schloßgerichte entscheiden ließ, die einst zur Kompetenz des landesherrlichen Hofgerichtes gehörten.

Obwol aber bei dem Sturze der böhmischen Herrschaft in Polen im J. 1306 die von ihr eingeführte Verfassung zu Grunde gegangen und das Ansehen der Starosten gesunken war, so hat sich doch das deutsche Provinzialgericht auf dem Schlosse zu Krakau für das deutsche Gerichtswesen in Polen als eine dauernde Errungenschaft behauptet.

In den ersten Regierungsjahren Vladislaus des Lotietek, die durch beständige Unruhen und besonders durch die Empörung der Stadt Krakau vom J. 1311 sich in der polnischen Geschichte verewigt haben, mußte die Autorität des Krakauer Provinzialgerichts geschwächt sein, denn der energische Fürst nahm alle Staatsgeschäfte in seine Hand und griff in die ganze innere Verwaltung und in das Gerichtswesen persönlich ein, ohne sich durch jemanden vertreten zu lassen. Alle wichtigeren Fälle wurden nunmehr dem Provinzialgerichte entzogen und vor das

Hofgericht gebracht. Daher sprechen die aus jener Zeit herrührenden Urkunden nur von einem Gerichte „in praesentia principis, coram nobis“ (1315. 1317. 1325. 1326. 1328) „in nostra curia“ (1307. 1326) „coram iudice curiae“ (1308) „coram nostro iudicio“ (1319), von einem königlichen Provinzialgerichte auf dem Schlosse zu Krakau schweigen sie aber gänzlich. Damit ist jedoch die Existenz eines derartigen Provinzialgerichtes durchaus nicht ausgeschlossen. Die Urkunden bestimmen nämlich nur den allgemeinen Grundsatz, daß die Schultheißen und Wögte vor einem landesherrlichen Gerichte ihren Gerichtsstand haben sollen, ohne sich auf die Entscheidung der Frage, inwieweit dieselben vor dem königlichen Hofgerichte, inwieweit vor dem königlichen Provinzialgerichte sich zu verantworten hätten, irgendwie einzulassen. Noch weit später, nach dem J. 1365, wo das Krakauer Provinzialgericht in voller Blüte stand, findet man einzelne Privilegien, die sich in ihrer Fassung von den oben erwähnten gar nicht unterscheiden und des Provinzialgerichtes ebenfalls nicht ausdrücklich Erwähnung tun.

Ueber das Bestehen des Provinzialgerichtes auf dem königlichen Schlosse zu Krakau zu Lebzeiten des Vladislaus Lokietek besitzen wir aber auch unmittelbare Zeugnisse. Wir lesen nämlich in einer Urkunde des Klosters von Zendrzejow vom J. 1333, daß die Schultheißen „coram nobis aut iudicio nostro generali“ sich verantworten sollen. Mit diesem königlichen „iudicium generale“ war aber das Provinzialgericht gemeint. Ferner hat sich aus dem J. 1324 eine Urkunde erhalten, deren Aussteller als: „ego Gerassius civis Cracoviensis et advocatus provincialis ibidem“ figurirt. Das Provinzialgericht besaß also schon damals eine selbständige Organisation, wenn ein besonderer Vogt in ihm den Vorsitz führte.

Aus den Zeiten Kasimirs des Großen und zwar noch vor der endgültigen Reform vom J. 1365 gibt es aber eine ganze Reihe von Urkunden, die sich auf das Provinzialgericht beziehen. In diesen Urkunden werden die zwei königlichen Gerichtshöfe deutlich von einander unterschieden nämlich das Hofgericht als: „iudicium in praesentia principis“ oder „iudicium curiae,“ und das Provinzialgericht auf dem Schlosse zu Krakau unter dem Namen: „iudicium nostrum theutonicale“ (1348. 1351. 1366), „iudicium nostrum theutonicum Cracoviense“ (1357), „iudicium

nostrum generale“ (1359. 1362. 1364. 1366), „iudicium nostrum provinciale“ (1349), „iudicium maius“ (1358), „iudicium nostrum in castro Cracoviensi“ (1336. 1351. 1360. 1362), „ius theutonicum provinciale in Castro Cracoviensi“ (1337. 1358. 1362). Es fehlt zwar nicht an Urkunden, in welchen nur ein königliches Gericht im Allgemeinen oder nur das Hofgericht erwähnt wird, in anderen ist dagegen nur von dem Provinzialgerichte mit Uebergehung des Hofgerichtes die Rede. Der Grund hiervon liegt in der allgemeinen Fassung der Urkunden, da sonst keinem Zweifel unterliegt, daß beide Gerichte neben einander bestanden, obgleich wir ihr gegenseitiges Verhältniß nicht im Stande sind ganz genau zu bestimmen.

Was die innere Organisation des Provinzialgerichtes anbelangt, so schöpfen wir darüber aus drei von ihm in den J. 1337. 1358 und 1362 ausgestellten Urkunden die beste Aufklärung. Wir erfahren aus denselben, daß an der Spitze des Provinzialgerichtes ein auf die Dauer ernannter Vogt stand, dessen voller Titel: „Advocatus provincialis iuris theutunici in Castro Cracoviensi per serenissimum principem . . regem Poloniae ad id specialiter deputatus“ lautete. Das Gericht wurde gebildet aus sieben Schöffen, die man aus der Zahl der Schultheißen und Vögte der benachbarten Städte und Dörfer wählte. Im J. 1358 traten als Schöffen hervor der Vogt von Miechow und die Schultheißen von Glogoczow, Suloszowa, Racławice, Bronowice, Michalowice und Przeginia; im J. 1362 die von Czubrowice, Miechow, Falnow, Przeginia, Mogilany. Das Gericht besaß sein eigenes Siegel, das auf rothem Wachs abgedruckt wurde und einen gehörnten Menschenkopf mit einer Krone auf der Stirne und mit einer anderen auf dem Halse zeigte. Die Umschrift lautete: „† S. Juris Theutunici in Castro Craco.“

Das Gericht entschied über alle Rechtsfachen der Schultheißen und Vögte und wie wir aus den oben erwähnten Urkunden ersehen, nahm es auch freiwillige Rechtsakte, die sich auf Schultheißen und Voigteien bezogen, entgegen. In dem Maße aber, in welchem sein Ansehen unter der Regierung Kasimirs des Großen stieg, wurde sein territorialer Wirkungsbereich verengt. Im J. 1336 errichtete nämlich Kasimir der Große ein besonderes königliches deutsches Provinzialgericht auf seinem Schlosse

zu Sandomir für das ganze betreffende Land. Dieses Gericht hatte für das Land von Sandomir dieselbe Bedeutung, welche das an dem Krakauer Schloße tagende Gericht für das Krakauer Land besaß. Seine innere Organisation war aber, so weit wir auf Grund der Erektionsurkunde vom J. 1336 urteilen können, davon verschieden. Es wurde zwar mit besonderen im Namen des Königs ernannten Schöffen besetzt, aber den Vorsitz führte kein besonderer Vogt, wie es in Krakau der Fall war, sondern der jeweilige Vogt der Stadt Sandomir. Auf die Ursache dieser prinzipiellen Verschiedenheit in der Organisation der beiden Provinzialgerichte werden wir in dem nächsten Abschnitte zurückkommen, in welchem wir die Stellung der deutschen Bevölkerung und insbesondere der größeren, auf dem deutschen Rechte fußenden Städte in Kleinpolen in ihrem Gegensatz zu den Provinzialgerichten in Betracht ziehen und dabei untersuchen werden, wie die königlichen Provinzialgerichte die Stellung der Oberhöfe gegenüber den in ihrem Territorium bestehenden deutschen Ortsgerichten zu erlangen gewußt haben.

(Fortsetzung folgt.)

Ein ältester Reichskammergerichtsprozeß (1492—1497).

Mitgetheilt von

Herrn Geheimen Justizrath Dr. A. Stölzel in Berlin.

Unter den Acten des Reichskammergerichts, welche in den 1850er Jahren die vom deutschen Bundestage zu Weßlar niedergesetzte Commission an die Einzelstaaten vertheilte, fiel an Kurhessen und damit später an Preußen die Nummer 1 des Buchstabens A des alten Reichskammergerichtsarchivs, enthaltend einen 1492 aus dem Hanauischen an das Reichskammergericht gebrachten Prozeß. Gegenwärtig sind diese Acten in das königliche Archiv zu Marburg übergegangen.

Der Prozeß,¹⁾ welcher ein höchst einfaches tatsächliches Material behandelt, eignet sich deshalb besonders dazu, ein anschauliches Bild des gerichtlichen Verfahrens damaliger Zeit zu

¹⁾ Kurz bereits besprochen in Stölzel, Entwicklung des gelehrten Richterthums Bd. 2, § 17 und in den Grenzboten von 1870, S. 130 flg.

Zeitschrift für Rechtsgeschichte Bd. XII.